



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 14.2.2024
C(2024) 1083 final

Herrn Tobias Billström
Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten
Arvfurstens palats
Gustav Adolfs Torg 1
SE – 103 23 Stockholm

Betreff: Notifizierung 2023/648/SE

Vorschriften und allgemeinen Empfehlungen des Schwedischen Zentralamts für Landwirtschaft (SJVFS 2021:10) über Biosicherheitsmaßnahmen sowie zur Meldung und Überwachung von Tierseuchen und Infektionserregern

Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Sehr geehrter Herr,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens nach der Richtlinie (EU) 2015/1535¹ haben die schwedischen Behörden der Kommission am 20. November 2023 den Entwurf **„Vorschriften und allgemeinen Empfehlungen des Schwedischen Zentralamts für Landwirtschaft (SJVFS 2021:10) über Biosicherheitsmaßnahmen sowie zur Meldung und Überwachung von Tierseuchen und Infektionserregern“** (im Folgenden „der notifizierte Entwurf“) notifiziert.

Gemäß der Notifizierungsmitteilung enthält der notifizierte Entwurf Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren [„Biosicherheitsmaßnahmen“] für Geflügel, Vorschriften für die Meldung von Verdachtsfällen oder festgestellten Fällen von Tierseuchen und Infektionserregern sowie die Überwachung von Tierseuchen und Infektionserregern.

¹ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, folgende Bemerkungen abzugeben.

Die Kommission stellt fest, dass im notifizierten Entwurf keine Klausel über die gegenseitige Anerkennung vorgesehen ist. Die nationalen Behörden haben in der Notifizierungsmitteilung angegeben: *„Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gilt aufgrund des Vorrangs des Unionsrechts und muss daher nicht in schwedische Verordnungen aufgenommen werden.“*

Die Kommission erinnert daran, dass die Mitgliedstaaten gemäß Erwägungsgrund 16 der Verordnung (EU) 2019/515 über die gegenseitige Anerkennung von Waren² zur Sensibilisierung der nationalen Behörden und der Wirtschaftsakteure für den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung in Erwägung ziehen sollten, in ihren nationalen technischen Vorschriften klare und eindeutige *„Binnenmarktklauseln“* vorzusehen, um die Anwendung des Grundsatzes zu erleichtern.

Um die Rechtssicherheit und die ordnungsgemäße Anwendung der Verordnung 2019/515 über die gegenseitige Anerkennung von Waren zu gewährleisten, werden die nationalen Behörden ersucht, in den notifizierten Entwurf eine Binnenmarktklausel aufzunehmen, deren Wortlaut mit dem Vorschlag der Kommission im Leitfaden zur Verordnung (EU) 2019/515³ übereinstimmt und wie folgt lautet:

Waren, die rechtmäßig in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in der Türkei in Verkehr gebracht wurden oder die ihren Ursprung in den Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben und dort rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden, gelten als mit diesen Vorschriften vereinbar. Die Anwendung dieser Vorschriften unterliegt der Verordnung (EU) 2019/515 vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind.

Die schwedischen Behörden werden gebeten, diesen Bemerkungen Rechnung zu tragen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut bei seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.



Für die Kommission

² Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008 (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 1).

³ Leitfaden zur Anwendung der Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008.

Kerstin Jorna
Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und
KMU